

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 01.06.2006

Vorlage Nr. 06-F-25-0001

**Auswirkungen der Studiengebühren in Hessen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und FDP vom 23.05.2006 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat

- a.) zu ermitteln, ob und welche Auswirkungen die Einführung von Gebühren für das Erststudium und nicht-konsekutive Masterstudiengänge in Hessen auf
- die Auslastung der Wiesbadener Fachhochschule mit 19 Fachbereichen und 37 Studiengängen und derzeit circa 8.100 Studierenden
 - denkbare Abwanderungstendenzen in den benachbarten Hochschulstandort Mainz
 - die Finanzausstattung der Wiesbadener Fachhochschule
 - die Bildungschancen und die Möglichkeit einer akademischen Karriere von jungen Menschen insgesamt sowie von jungen Menschen aus sozial benachteiligten Familien und von jungen Menschen mit Migrationshintergrund
 - das kulturelle Leben, die Arbeitsmarktentwicklung und das wirtschaftliche Leben in der Landeshauptstadt Wiesbaden hätte.
- b.) über die Ergebnisse dieser Prognosen detailliert zu berichten.
- c.) ein Handlungskonzept zu entwickeln, das dem Standort Wiesbaden in jedem Fall eine hinreichende Attraktivität für Studierende verleiht. Hierbei sind insbesondere Maßnahmen zur Erweiterung des Angebots an preisgünstigem Wohnraum sowie zum Ausbau des kulturellen Angebots für Studierende zu berücksichtigen.

Beschluss Nr. 0228

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 23.05.2006 betr.

Auswirkungen der Studiengebühren

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2006

**Dieser Beschluss ist in das Beschluss-
management aufgenommen.**

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .06.2006

1. Dezernat VIII i.V.m. Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:
Dezernat III und Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister